

Prevention of Violence against Women

Legal Framework &
Best-Practice-Examples
from Spain, Italy & Austria

Prevención de la violencia de género

Prevenzione della violenza di genere

Prävention geschlechtsbezogener Gewalt

Impressum

Herstellerin: Verein für Kommunale Bildung und Integration

Sitz: Lungitzer Straße 30, 4222 St. Georgen an der Gusen

Zustelladresse: Haus der Erinnerung, Marcel-Callo-Straße 3,
4222 St. Georgen an der Gusen

Mail: fk@kommunbi.at

Website: www.kommunbi.at

Layout Design: Alina Karre

Print: Werbeagentur Online, Erwin Krinninger E.U.

Dauphinestraße 204 d, A-4030 Linz

Mail: mailbox@werbe-online.at

Phone: +43-732 / 66 10 49

Website: www.werbe-online.at

Herstellungsart: Linz, Oktober 2025

Translation: Claudia Heimes, Judith Pirklbauer, Manuela Rota, Mariko Patti

Lektorat: Judith Pirklbauer



Co-funded by
the European Union

"Funded by the European Union. Views and opinions expressed are however those of the author(s) only and do not necessarily reflect those of the European Union or OeAD-GmbH. Neither the European Union nor the granting authority can be held responsible for them."

"Von der Europäischen Union finanziert. Die geäußerten Ansichten und Meinungen entsprechen jedoch ausschließlich denen der Autorin oder des Autors bzw. der Autorinnen oder Autoren und spiegeln nicht zwingend die der Europäischen Union oder der OeAD-GmbH wider. Weder die Europäische Union noch die OeAD-GmbH können dafür verantwortlich gemacht werden."

Table of Contents

Liebe Leser*innen / Dear readers	4
spain	
Datenerhebung für die Prävention von Femiziden in der EU und Spanien	6
EU and Spanish data collection frameworks for the prevention of femicide	8
<i>Manuela Rota, Plataforma Unitària contra les Violències de Gènere</i>	
Vom Protest zur Prävention: Monatliche Demonstrationen als feministische Praxis gegen geschlechtsbezogene Gewalt	10
From Protest to Prevention: Monthly Demonstrations as a Feminist Practice Against Gender-Based Violence	12
<i>Mariko Patti, Plataforma Unitària contra les Violències de Gènere</i>	
italy	
Geschlechtsspezifische Gewalt und Prävention: Der rechtliche Rahmen in Italien	14
Gender-based violence and prevention: The legal framework in Italy	16
<i>Maya Albano, Centro Aiuto Donna Lilith</i>	
Geschlechtsspezifische Gewalt und Prävention: Best Practices des Frauenhilfszentrums Lilith	18
Gender-based violence and prevention: Best-practices from the Lilith Women's Support Centre	20
<i>Maya Albano, Centro Aiuto Donna Lilith</i>	
austria	
Gewaltprävention/ -schutz in Österreich	22
Violence prevention/protection in Austria	24
<i>Elisabeth Glawitsch, Frauenberatung Perg & StoP - Stadtteile ohne Partnergewalt</i>	
StoP - Stadtteile ohne Partnergewalt: Ein Best-Practice-Beispiel aus Österreich	26
StoP - Neighbourhoods without partner violence : A best practice example from Austria	28
<i>Elisabeth Glawitsch, Frauenberatung Perg & StoP - Stadtteile ohne Partnergewalt</i>	

Liebe Leser*innen,

dieses Booklet entstand im Zuge des Erasmus+ Projektes *Stopping Violence Against Women*, für welches sich die folgenden 5 Organisationen aus Österreich, Spanien und Italien kooperierten:

- * **Kommunale Bildung und Integration (AT)**
- * **Bewusstseinsregion (AT)**
- * **Frauenberatungsstelle Perg (AT)**
- * **Plataforma Unitària contra les Violències de Gènere (ES)**
- * **Centro Aiuto Donna Lilith (IT)**

Da Gewalt gegen Frauen und patriarchale Kultur ein grenzüberschreitendes Phänomen darstellen, beschlossen wir die Prävention dieser Problematiken transnational zu beleuchten. Das Booklet gibt einen Überblick über die nationalen österreichischen, spanischen und italienischen Rahmenbedingungen in welchen Gewaltprävention stattfinden kann, zudem wird je eine erfolgreich implementierte Strategie pro Land im Kampf gegen Gewalt an Frauen vorgestellt.

Dear readers,

This booklet was created as part of the Erasmus+ project Stopping Violence Against Women, for which the following five organisations from Austria, Spain and Italy cooperated:

- * **Kommunale Bildung und Integration (AT)**
- * **Bewusstseinsregion (AT)**
- * **Frauenberatungsstelle Perg (AT)**
- * **Plataforma Unitària contra les Violències de Gènere (ES)**
- * **Centro Aiuto Donna Lilith (IT)**

Since violence against women and patriarchal culture are cross-border phenomena, we decided to examine the prevention of these issues from a transnational perspective. The booklet provides an overview of the national frameworks in Austria, Spain and Italy within which violence prevention can take place, and also presents one successfully implemented strategy per country in the fight against violence against women.

Datenerhebung für die Prävention von Femiziden in der EU und Spanien

Manuela Rota, Plataforma Unitària contra les Violències de Gènere

Gewalt gegen Frauen und Mädchen und Femizide sind ein strukturelles Problem, das eng mit einer patriarchalen Kultur verbunden ist. Es handelt sich um eine Verletzung grundlegender Menschenrechte, die den Grundwerten der Europäischen Union zuwiderläuft.

Das Konzept *Femizid* wurde in der Vergangenheit ausdifferenziert, um ein umfassenderes Verständnis dieses Verbrechens zu erlangen¹. Organisationen wie die *UN-Frauen* haben ebenfalls neue Kategorien entwickelt, was ein entscheidender Schritt zur Beseitigung solch extremer Gewalt und in Richtung Gewährleistung einer wirksamen Justiz für Frauen ist.

Laut der Europäischen Umfrage zu geschlechtsbezogener Gewalt aus dem Jahr 2022, haben 2 von 3 Frauen in der Europäischen Union physische oder sexualisierte Gewalt durch einen Partner oder Bekannten erlebt, und 3 von 10 haben diese durch ein Familienmitglied erfahren. In Spanien² hat 1 von 2 Frauen ab 16 Jahren (57,3 %) im Laufe ihres Lebens eine Form von geschlechtsbezogener Gewalt erlebt, und 1 von 5 Frauen (19,8 %) hat diese im letzten Jahr erlitten.

In der EU werden jährlich etwa 800 Opfer von Femiziden gezählt³. Mindestens 2 Frauen werden täglich von einem (Ex-)Partner ermordet. Diese Zahl weist jedoch deutliche Anzeichen dafür auf, dass die nationalen Behörden nicht alle Fälle melden. In diesem Sinne ist eines der Hauptprobleme bei der Bekämpfung geschlechtsbezogener Gewalt das bestehende Datenloch.

Eines der Hauptprobleme bei der Bekämpfung geschlechtsbezogener Gewalt ist das bestehende Datenloch

In der Europäischen Union gibt es noch keine Harmonisierung der Daten zu Femiziden⁴, da jeder Mitgliedstaat die Daten nach seiner eigenen Kategorisierung erfasst oder nichterfasst. Nichtsdestotrotz enthält die EU-Richtlinie 2024/1385 zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt in Artikel 44 interessante Vorschläge für Fortschritte bei der Datenerhebung und Untersuchung von Gewalt gegen Frauen auf europäischer Ebene, an deren angemessener Entwicklung und Umsetzung innerhalb des gemeinsamen Rahmens das *EIGE* (Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen) arbeitet.

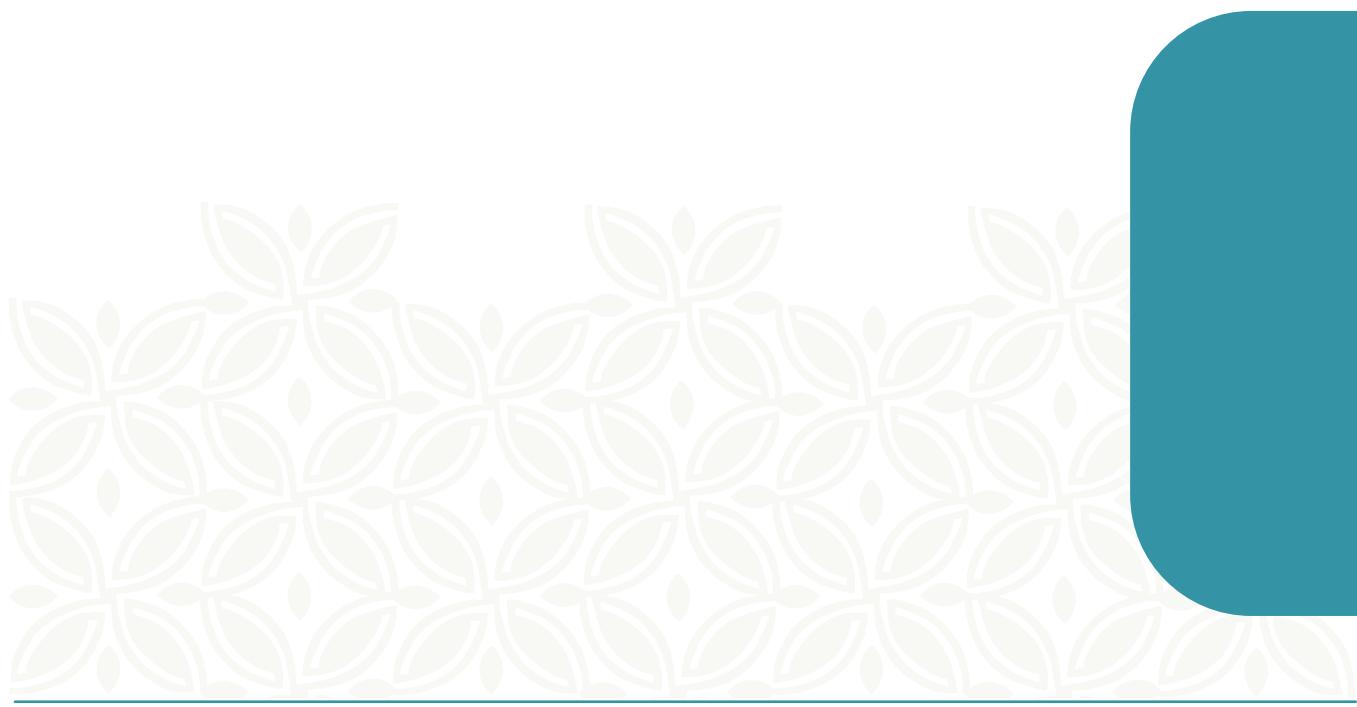
Die mangelhafte Qualität der Daten, die voller Unstimmigkeiten und Divergenzen sind, schwächt, in Verbindung mit dem Fehlen grenzüberschreitender Analysestrukturen, die nationalen und europäischen Bemühungen um Schutz vor und Prävention von Gewalt. Diese defizitären Daten, wobei einige Länder nicht einmal Fälle von geschlechtsbezogener

Gewalt und Femizide melden, bedeutet, dass die bestehenden politischen Maßnahmen nicht genügen, um das Phänomen mit der erforderlichen Entschlossenheit anzugehen.

Die spanische Regierung hat die Kategorien für die Analyse und Erhebung von Daten zu Femiziden im Jahr 2022 erweitert und umfasst nun auch Femizide durch Partner und Ex-Partner, familiäre Femizide, sexualisierte Femizide, soziale Femizide und stellvertretende Femizide⁵. Dennoch führen zivilgesellschaftliche Organisationen wie die *Plataforma unitària contra les violències de gènere* alternative Register, welche die Grenzen des offiziellen Zählsystems aufzeigen. Im Allgemeinen bestehen nach wie vor erhebliche Diskrepanzen zwischen den Daten von Institutionen und Menschenrechtsorganisationen, da bestimmte Kategorien von Femiziden bei der Datenerhebung nicht berücksichtigt werden. Dazu gehören: die Identität des Opfers und ihre Intersektionalitäten, die Identität des Täters, der Ort des Femizids und ebenso ob gerichtliche Entscheidungen oder Schutzmaßnahmen getroffen wurden – und wenn ja, warum diese versagt haben.

Diese Daten sind von entscheidender Bedeutung, da sie helfen das Ausmaß und die Komplexität der femizidalen Gewalt zu verstehen. Die Datenerhebung muss neu betrachtet werden: als Mechanismus zur Gewaltprävention und nicht als rein technisches Instrument.

Was nicht benannt wird, existiert nicht, und was nicht gezählt wird, zählt nicht – dies ist für das Leben von Frauen und ihren Schutz von grundlegender Bedeutung.



1 Es wurde erstmals 1976 von der Soziologin Diana Russell als Anklage gegen misogynie Morde an Frauen verwendet. Später erweiterten Marcela Lagarde (2006) und Rita Segato (2016) die Konzeptualisierung um einige Schlüsselemente: die Strafflosigkeit von Staaten sowie strukturelle und systematische Gewalt gegen Frauen.

2 Laut der jüngsten Makroumfrage von 2020

3 Weibliche Opfer vorsätzlicher Tötungsdelikte durch einen Intimpartner oder ein Familienmitglied; Daten erhoben von Eurostat in 22 Mitgliedstaaten: 789 Opfer im Jahr 2023, 838 Opfer im Jahr 2022

4 Derzeit stammen die Quellen aus Berichten des EIGE (Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen), von Eurostat (Statistisches Amts der EU) und aus nationalen Quellen.

5 Dieser meint den Mord einer dritten Person, um eine Frau zu verletzen.

EU and Spanish data collection frameworks for the prevention of femicide

Manuela Rota, Plataforma Unitària contra les Violències de Gènere

Violence against women and girls and femicide are a structural problem closely linked to patriarchal culture. It is a violation of fundamental human rights that contravenes the founding values of the European Union.

The concept *femicide* has been differentiated in the past to a more extensive understanding of this crime¹. Organisations such as *UN Women* have also developed new categories, which is a crucial step towards the eradication of such extreme violence and the guarantee of effective justice for women.

According to the 2022's European Survey on Gender-Based Violence, 2 out of 3 women in the European Union have experienced physical or sexual violence by a partner or acquaintance, and three out of ten have experienced it at the hands of a family member. In Spain² 1 in 2 women aged 16 or older (57.3%) have suffered some type of genderbased violence throughout their lives, and in addition 1 in 5 (19.8%) have suffered it during the last year.

There are about 800 victims of femicide counted in the EU yearly³. At least 2 women are murdered every day by an (ex-)partner. However, this figure shows serious signs of under-reporting by national authorities. In this sense, one of the main problems in addressing gender-based violence is the existing data black hole.

One of the main problems in addressing gender-based violence is the existing data black hole

At the European Union we do not yet have a harmonization on data on femicide⁴, where each Member States collects, or does not collect, the data according to their own categorization. Nonetheless, EU Directive 2024/1385 on combating violence against women and domestic violence, establishes in its article 44, interesting proposals for progress in the collection of data and research on violence against women at the European level, which EIGE is working on for its adequate development and implementation within the common framework.

The poor quality of data, full of inconsistencies and divergences, when combined with the lack of cross-border analysis structures, weakens national and European efforts to ensure the protection and prevention of violence. This weakness of the data, with some countries not even reporting cases of gender-based violence and femicide, implies that existing policies are not capable of addressing the phenomenon with the necessary vigor.

The Spanish government has expanded the categories of analysis and collection of data on femicide to include partner and ex-partner femicide, family femicide, sexual femicide, social femicide and vicarious femicide⁵ in 2022. Nonetheless civil society organizations such as the *Plataforma unitària contra les violències de gènere*, maintain alternative registers that demonstrate the limits of the official counting system. In general, there are still significant discrepancies between data from institutions and human rights organizations, because of the categories of femicide that are not taken into account while information is gathered. This comprises: the identity of the victim and her intersectionalities, the identity of the perpetrator, the location of the femicide; whether there were judicial decisions or protective measures in place – and if there were, why they failed.

This data is so crucial, because it helps to understand the extent and intricacies of the femidal violence. Data collection must be readdressed as a violence prevention mechanism, rather than a purely technical tool.

Data collection must be readdressed as a violence prevention mechanism, rather than a purely technical tool

What is not named does not exist, and what is not counted does not count, and this is fundamental to women's lives and their protection.



1 It was used for the first time as a denunciation of misogynistic murders of women by sociologist Diana Russell (1976). Later on, Marcela Lagarde (2006) and Rita Segato (2016) expanded its conceptualization with some key elements: the impunity of states, and structural and systematic violence against women.

2 According to the latest macro-survey of 2020

3 Female victims of intentional homicide by an intimate partner or family member, data collected by Eurostat in 22 Member States: 789 victims in 2023, 838 victims in 2022

4 At the moment the sources come from EIGE reports (European Institute for Gender Equality), the Statistical Office of the EU (Eurostat), and national sources.

5 Which means femicide of a third person in order to hurt a woman

Vom Protest zur Prävention: Monatliche Demonstrationen als feministische Praxis gegen geschlechtsbezogene Gewalt

Mariko Patti, *Plataforma Unitària contra les Violències de Gènere*

Die *Plataforma Unitària contra les violències de gènere*¹ fördert eine Reihe von Sensibilisierungsmaßnahmen mit dem Ziel, zur Prävention geschlechtsbezogener Gewalt beizutragen, indem sie kritisches Wissen sammelt und ein tieferes Verständnis dafür fördert, was geschlechtsbezogene Gewalt ist und wie diese sich in ihrer extremsten Form durch Femizide manifestiert. Bei der *Plataforma* setzen wir uns entschlossen für die Sensibilisierung und Mobilisierung der Zivilgesellschaft ein.

Eine unserer wirkungsvollsten Maßnahmen zur Sensibilisierung ist die monatliche Demonstration namens *Der dritte Montag*. Seit 2004 organisiert die *Plataforma* jeden dritten Montag im Monat um 19:00 Uhr eine Versammlung auf der *Plaça Sant Jaume* vor dem Rathaus von Barcelona. Bei jeder Demonstration gedenken wir der Frauen, die bisher im laufenden Jahr Opfer von Femiziden geworden sind, indem wir ihre Namen laut aussprechen und ihre Abwesenheit im öffentlichen Raum sichtbar machen.

Wir gedenken der Frauen, die im laufenden Jahr Opfer von Femiziden geworden sind, indem wir ihre Namen laut aussprechen

Im Rahmen dieser Demonstrationen organisiert *Plataforma* eine symbolische Kunstinstallation, bei der für jede getötete Frau ein Paar rote Schuhe aufgestellt wird. Diese performative Aktion ist inspiriert von *Zapatos Rojos*, einer symbolischen Installation der mexikanischen Künstlerin Elina Chauvet, welche sie erstmals in Ciudad Juárez realisierte, um das systematische Verschwinden und Ermorden von Frauen anzuprangern. Mit dieser Intervention nutzte Chauvet die Kunst als wirkungsvolles Mittel des Protests und des sozialen Wandels, wobei die Schuhe die Abwesenheit und die Leerstelle symbolisieren, die jedes Opfer hinterlässt, das allein deshalb ermordet wurde, weil es eine Frau war.

Seitdem sind rote Schuhe zu einem globalen Symbol geworden, um Femizide zu verurteilen. Die Installation wurde in vielen Ländern als Akt des Gedenkens, des Protests und der Sichtbarkeit reproduziert. In Barcelona wiederholt die *Plataforma* diese Aktion jeden Monat mit Schuhen unterschiedlicher Art und Größe, um daran zu erinnern, dass hinter jedem Schuhpaar eine Geschichte steckt, ein gestohlenes Leben, und dass eine Gesellschaft angesichts dessen nicht gleichgültig bleiben kann. Diese Form des künstlerischen Ausdrucks ehrt nicht nur die Opfer, sondern fordert auch Zeug:innen von Gewalt heraus, zu erkennen, dass es sich weder um ein privates noch ein isoliertes Problem handelt, sondern um eine kollektive Verantwortung der Gesellschaft eine Grenze zu ziehen und "Genug!" zu sagen.

Eine Grenze zu ziehen und "Genug!" zu sagen, ist eine kollektive Verantwortung

Die Installation der roten Schuhe während der *Dritter-Montag-Demonstrationen* wird von Radiobeiträgen begleitet, in welchen für ein Leben ohne Gewalt plädiert wird: Zu hören sind die Stimme und die Musik der Rapperin Masta Quba, einer Künstlerin, die sich mit ihren Texten und ihrer Kunst gegen Rassismus und geschlechtsbezogene Gewalt engagiert.

Jeden Monat ist eine andere Mitgliedsorganisation der Plattform für die Leitung der Aktion auf dem Platz verantwortlich. Das bedeutet, dass jede *Dritter-Montag-Demonstration* ein anderes künstlerisches oder performatives Angebot umfasst, welches dazu beiträgt, die Femizide des vergangenen Monats zu erinnern und anzuprangern, sowie die Opfer zu würdigen. Diese Demonstrationen zielen darauf ab, kollektive Achtsamkeit zu konstituieren, das Bewusstsein zu schärfen und vor allem Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu verhindern.

Wir glauben, dass Empörung ein kraftvoller Ausgangspunkt ist, aber sie muss zu nachhaltiger Organisation und Aktion führen – z. B. in Form öffentlicher Anprangerung, um das gesellschaftliche Bewusstsein zu schärfen. Die Transformation einer vom Patriarchat durchdrungenen Kultur erfordert ein breites und kontinuierliches gesellschaftliches Engagement. Wir dürfen nicht zulassen, dass geschlechtsbezogene Gewalt weiterhin normalisiert oder verschwiegen wird. *"Stoppt Gewalt gegen Frauen!"*



¹ Die Plattform hat 121 Mitgliedsorganisationen aus ganz Katalonien, sowie viele Einzelpersonen, welche sich gegen Gewalt an Frauen einsetzen.

From Protest to Prevention: Monthly Demonstrations as a Feminist Practice Against Gender-Based Violence

Mariko Patti, Plataforma Unitària contra les Violències de Gènere

The *Plataforma Unitària contra les violències de gènere* promotes a range of awareness-raising actions with the goal of contributing to the prevention of gender-based violence by increasing critical knowledge and fostering a deeper understanding of what gender-based violence is, and how it manifests in its most extreme form through femicides. At the *Plataforma*, we are firmly committed to raising awareness and mobilizing civil society.

One of our most impactful awareness-raising practices is the monthly demonstration known as *The Third Monday*. Since 2004, on the third Monday of every month, the *Plataforma* has organized a gathering in *Plaça Sant Jaume*, in front of Barcelona City Hall, at 7:00 PM. During each demonstration, we pay tribute to the women who have been murdered by femicide so far that year, by saying their names aloud and making their absence visible in public space.

We pay tribute to the women who have been murdered by femicide so far that year, by saying their names aloud in public space

As part of these demonstrations, *Plataforma* organizes a symbolic artistic installation by placing a pair of red shoes for each woman killed. This performative action is inspired by *Zapatos Rojos*, the work of Mexican artist Elina Chauvet, who first used this symbol in Ciudad Juárez to denounce the systematic disappearance and murder of women. With this intervention, Chauvet used art as a powerful vehicle for protest and social transformation, with the shoes symbolizing the absence and the void left by each victim murdered simply for being a woman.

Since then, red shoes have become a global symbol used to denounce femicides, with this installation replicated in many countries as an act of remembrance, protest, and visibility. In Barcelona, the *Plataforma* recreates this action every month using shoes of different types and sizes, reminding us that behind each pair there is a story, a life stolen, and a society that cannot remain indifferent. This form of artistic expression not only honors the victims, but also challenges those who witness it, that it is neither a private nor isolated problem, and to draw the line and say *enough!* is society's collective responsibility.

To draw the line and say enough! is society's collective responsibility

The red shoe installation during the *Third Monday demonstrations* is accompanied by radio segments advocating for a life free from violence, featuring the voice and music of rapper Masta Quba, an artist committed to denouncing racism and gender-based violence through her lyrics and art.

Each month, a different organization, that is part of our platform, is responsible for leading the action in the square. That means each *Third Monday* features a different artistic or performative proposal, one that contributes to remembering, honoring, and denouncing the femicides that occurred in the previous month. These demonstrations aim to spark collective awareness, raising consciousness, and, above all, preventing violence against women and girls.

We believe that outrage is a powerful starting point, but it must lead to sustained organization and action - f.e. in the form of public denunciation to raise societal awareness. Transforming a culture permeated by patriarchy demands a broad and ongoing social commitment. We cannot allow gender-based violence to continue being normalized or silenced. *"Stop violence against women!"*



Geschlechtsspezifische Gewalt und Prävention: Der rechtliche Rahmen in Italien

Maya Albano, Centro Aiuto Donna Lilith

In den letzten zehn Jahren wurden in Italien zahlreiche Rechtsvorschriften erlassen, um Maßnahmen und Strategien zur Prävention, zum Schutz der Opfer und zur Verfolgung der gewaltausübenden Personen festzulegen.

Das *Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt*¹ ist das zentrale verbindliche Rechtsinstrument für die europäischen Unterzeichnerstaaten. Es wurde von Italien ratifiziert und trat durch das Gesetz Nr. 77 vom 27. Juni 2013 in Kraft. Dieses Gesetz basiert einerseits auf den Aspekten des Opferschutzes sowie der Prävention: es verstärkt und ergänzt durch die Bereitstellung von Vorschriften bestehende Instrumente. Andererseits reformierte es den repressiven Aspekt, indem neue Straftatbestände eingeführt und Strafen verschärft wurden.

Eine der wichtigsten Neuerungen dieses Gesetzes war die Unwiderrufbarkeit einer Anzeige weiblicher Opfer bei bestimmten Vergehen, wie sexualisierter Gewalt und Stalking. Früher zogen Frauen, die Opfer von Gewalt geworden waren, ihre Anzeige oft zurück, weil der Täter Vergeltung übte, sie sich schuldig fühlten oder sich vor ihm schützen wollten.

Das Gesetz Nr. 77 sieht auch die Verabschiedung eines Sonderaktionsplans gegen *sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt* vor, der in das Gesetz Nr. 119/2013 überführt wurde. Italien hat 30 Millionen für lokale und bildungsbezogene Projekte bereitgestellt. Diese Mittel flossen in lokale Projekte, in die Schulung der anderen Maßnahmen beteiligten Akteur:innen, in die Förderung der Emanzipation misshandelter Frauen und in kulturelle Initiativen zur Prävention von sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt (insbesondere im Bereich Bildung und Regeneration).

Präventionsarbeit soll Bildungsmaßnahmen hin zu einer bewussten Affektivität und der Gleichstellung von Geschlechtern umfassen, sowie Maßnahmen um Gewalt möglichst schnell einzudämmen und ihr Wiederauftreten zu verhindern. Folglich ist es unerlässlich, in die Ausbildung von Fachkräften zu investieren, die mit Betroffenen und Tätern zu tun haben und spezifische Verfahrensformen zu bestimmen. Ein Beispiel ist der *Nationale Leitfaden für Gesundheitseinrichtungen und Krankenhäuser betreffend die Behandlung und sozialmedizinische Betreuung von Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind*, der 2017 veröffentlicht wurde.

Die Leitlinien ermöglichen:

- ✓ Eine Verkürzung der Wartezeiten für Gewaltopfer in Gesundheitseinrichtungen, damit eine Frau die Aufnahme ins Krankenhaus nicht verwirft
- ✓ Die Verbesserung der Koordination zwischen Gesundheitseinrichtungen, Gemeinden, Strafverfolgungsbehörden und Gewaltschutzzentren durch die Festlegung präziser Arbeitsabläufe
- ✓ Die Rückverfolgbarkeit und Aufbewahrung von Beweismitteln für rechtsmedizinische Zwecke zu gewährleisten
- ✓ Ein geeignetes Ambiente für medizinische Untersuchungen, in von anderen Patient:innen getrennten Räumen sicherzustellen und den Betroffenen alle Informationen über die Unterstützungsmöglichkeiten nach der Entlassung zur Verfügung zu stellen

In jüngster Vergangenheit wurden in Italien mehrere Gesetze und Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen erlassen, darunter der "Rote Kodex"², welcher u.a. die härtere Bestrafung von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewaltverbrechen vorsieht. Weiters regelt er, dass sexualisierte Gewaltverbrechen in der Ermittlungs- und Prozessphase Priorität erhalten. Das Opfer muss nun innerhalb von drei Tagen nach der Anzeige der Straftat angehört werden, um ehestmöglich etwaige Vorsichtsmaßnahmen gegen den Beschuldigten ergreifen zu können.

Von großer Bedeutung ist die auf dem "Roten Kodex" basierende Neuformulierung des Artikels 572 Strafgesetzbuch – *Misshandlung von Familienangehörigen*. Er stellt nun sicher, dass Minderjährigen, welche Zeug:innen von Misshandlungen wurden, der Rechtsstatus als Opfer zuerkannt wird.

Ein weiteres Gesetz (Nr. 168, aus dem Jahr 2023) konzentriert sich auf die Intensivierung von Maßnahmen gegen Wiederholungstaten und Prävention. Der Augenmerk liegt dabei auf sogenannten "Spionage"-Verbrechen, wie Drohungen oder Stalking, da diese Vorläufer weiterer Gewalttaten sein können.

1 Die sogenannte Istanbul-Konvention von 2011

2 Gesetz Nr. 69 vom 19. Juli 2019

Gender-based violence and prevention: The legal framework in Italy

Maya Albano, Centro Aiuto Donna Lilith

Over the last ten years, numerous legal provisions have been passed in Italy to define measures and strategies for prevention, victim protection and the prosecution of perpetrators of violence.

*The Council of Europe Convention on Preventing and Combating Violence against Women and Domestic Violence*¹ is the central binding legal instrument for European signatory states. It was ratified by Italy and entered into force through Law No. 77 of 27 June 2013. This law is based on the aspects of victim protection and prevention: it strengthens and supplements existing instruments by providing new regulations. On the other hand, it reformed the repressive aspect by introducing new criminal offences and increasing penalties.

One of the most important innovations of this law was the irrevocability of reports filed by female victims of certain offences, such as sexualized violence and stalking. In the past, women who had been victims of violence often withdrew their reports because the perpetrator took revenge, they felt guilty or wanted to protect themselves from him.

Law No. 77 also provides for the adoption of a *Special Action Plan against sexualised and gender-based violence*, which became Law No. 119/2013. Italy has allocated 30 million euros for local and education-related projects. These funds have been used for local projects, training for those involved in the measures, promoting the emancipation of abused women, and cultural initiatives to prevent sexualized and gender-based violence (particularly in the areas of education and regeneration).

Prevention work should include educational measures aimed at promoting conscious affectivity and gender equality, as well as measures to contain violence as quickly as possible and prevent its recurrence. Consequently, it is essential to invest in the training of professionals who deal with victims and perpetrators and to establish specific procedures. One example is the *National Guidelines for Health Care Facilities and Hospitals on the Treatment and Social Medical Care of Women who have become Victims of Violence*, which were published in 2017.

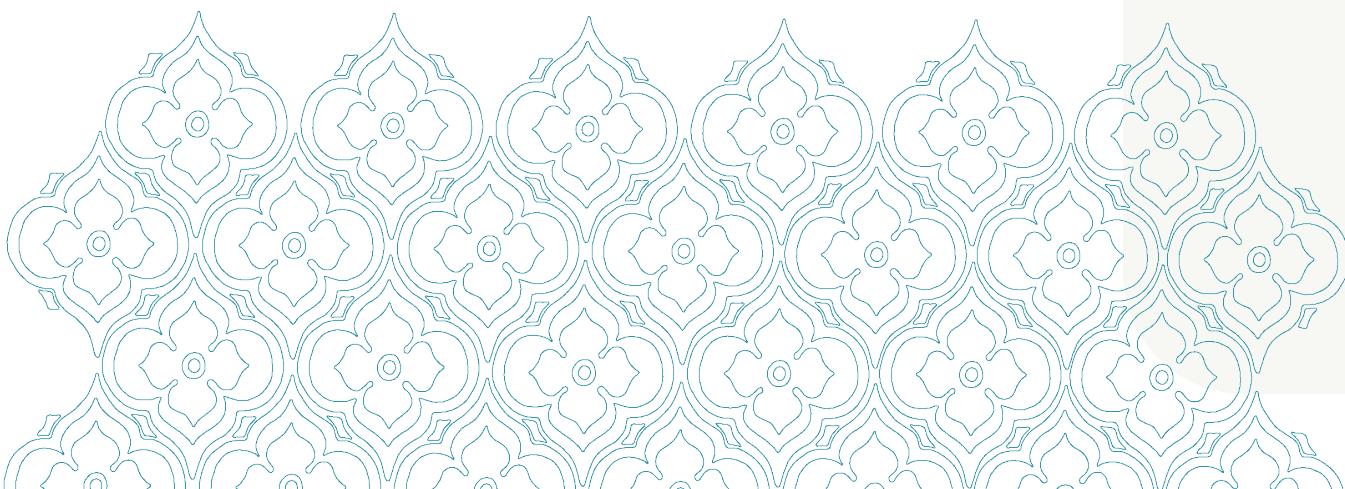
The guidelines allow for:

- ✓ Reducing waiting times for victims of violence in healthcare facilities so that women do not withdraw from hospital admission
- ✓ Improving coordination between health care facilities, communities, law enforcement authorities and violence protection centres by establishing precise workflows
- ✓ Ensuring the traceability and preservation of evidence for forensic purposes
- ✓ Ensuring a suitable environment for medical examinations in rooms separate from other patients and providing those affected with all information about the support options available after discharge

In recent years, several laws and measures to prevent and combat violence against women have become effective in Italy, including the *Red Code*², which, among other things, provides for harsher penalties for domestic and gender-based violence crimes. It also stipulates that sexualised violence crimes are to be given priority during the investigation and trial phases. The victim must now be heard within three days of reporting the crime so that any precautionary measures against the accused can be taken as soon as possible.

Of great importance is the reformulation of Article 572 of the Criminal Code (based on the *Red Code*) - *Abuse of Family Members*. It now ensures that minors who have witnessed abuse are granted legal status as victims.

Another law (No. 168, from 2023) focuses on intensifying measures against repeated offences and prevention. The attention here lies on so-called 'espionage' crimes, such as threats or stalking, as these can be precursors to further acts of violence.



1 The so-called Istanbul-Konvention from 2011

2 Act No. 69 of 19 July 2019

Geschlechtsspezifische Gewalt und Prävention: Best Practices des Frauenhilfszentrums Lilith

Maya Albano, Centro Aiuto Donna Lilith

Das Gewaltschutzzentrum Lilith der *Pubbliche Assistenze Riunite di Empoli*¹ wurde 2002 als Antwort auf die zahlreichen Hilfsgesuche von Frauen gegründet, welche die Organisation erreichten.

Liliths Arbeitsgruppe setzt sich aus heterogenen Professionist:innen wie Psychotherapeut:innen, Psycholog:innen, Sozialarbeiter:innen, Erzieher:innen, Pädagog:innen, Vermittler:innen und Anwält:innen zusammen. Die Struktur umfasst Übergangswohnungen für Betroffene, sowie flächendeckende Anlaufstellen.

Was die Präventionsmaßnahmen betrifft, so führt unser Zentrum seit vielen Jahren Bildungsprogramme für Schulen in unserem Gebiet und in der Region Toskana durch. Die Einbeziehung von Jungen und Mädchen ist von entscheidender Bedeutung, da sie oft nur unzureichend in der Lage sind, die Anzeichen von Gewalt zu erkennen, insbesondere wenn sie weniger sichtbare Formen annimmt, und gleichzeitig Schwierigkeiten haben, ihr eigenes Verhalten und ihre Gefühle angemessen zu erkennen und zu steuern. In den letzten Jahren hat sich das Alter, in dem Gewalt auftritt, gesenkt, und gleichzeitig besteht ein Bedarf an Orten, an denen junge Menschen über zentrale Themen ihrer Entwicklung wie Sexualität, Affektivität und soziale Beziehungen sprechen können.

Physische Gewalt wird mit Folgen eigenem Fehlverhaltens verwechselt

Viele Mädchen deuten kontrollierendes Verhalten als Zeichen von Interesse und Liebe, während körperliche Gewalt fälschlicherweise als Folge ihres eigenen Fehlverhaltens angesehen wird. Das unkritische Festhalten an Stereotypen sowie die mit Entwicklungsprozessen verbundenen Dynamiken können zu Faktoren werden, die Gewalt begünstigen. Wenn Mädchen nach wie vor mit vorherrschenden Rollenbildern konfrontiert werden, die mit der Fürsorge für den Partner und dem Verzicht auf eigene Ziele und Wünsche verbunden sind, können die Diktate toxicischer Männlichkeit (Aggressivität, Durchsetzungskraft und Kälte) sowie Gruppendynamiken die Wahrscheinlichkeit beeinflussen, dass junge Menschen Gewalt ausüben.

Vor diesem Hintergrund haben wir uns in den letzten 20 Jahren stark für die Ausbildung junger Menschen engagiert, angefangen bei der Grundschule bis hin zur Mittel- und Oberstufe.

Im vergangenen Schuljahr haben wir ein achtständiges Präventionsprogramm in 72 Klassen durchgeführt, an dem über 1500 Kinder und Jugendliche teilgenommen haben. Das altersgerechte Bildungsprogramm umfasst folgende Aspekte:

- ✓ Kritisches Denken fördern in Bezug auf Geschlechterstereotype sowie männliche und weibliche Rollenbilder, die von den Medien und der Gesellschaft vermittelt werden
- ✓ Indikatoren und Formen von Gewalt identifizieren
- ✓ Die Selbstbehauptungsfähigkeit in Beziehungen stärken
- ✓ Den Erwerb von Strategien zur Konfrontation von Problemen im Zusammenhang mit Gewalt unter Gleichaltrigen fördern
- ✓ Das Wissen und die Kompetenzen für eine bewusste Nutzung des Internets und der sozialen Netzwerke erweitern

Unser Ausbildungsmodell basiert auf einer praxisorientierten Methode statt auf Frontalunterricht. Das Ziel besteht nicht darin, Wissen zu lehren, sondern eine Revision von Einstellungen und Verhaltensweisen zu fördern, basierend auf Erfahrung, Spiel, Kreativität und Beziehung. Der Unterricht wird stets von einer Psychologin und einer Rechtsanwältin unseres Anti-Gewalt-Zentrums durchgeführt.

Das allgegenwärtige Modell, sich um den Partner zu kümmern, mit dem Preis die eigenen Ambitionen und Wünsche aufzugeben, vergiftet noch immer das gesellschaftliche Bewusstsein

Eine weitere positive Erfahrung ist die Eröffnung der Beratungsstelle SARA im Dezember 2024, einer psychologischen Beratungsstelle für jüngere und jugendliche Mädchen. Jugendliche finden oft nur bei Gleichaltrigen Ansprechpartner:innen für ihre emotionalen Problematiken. Daher bestand der innovative Aspekt darin, einen informellen Dienst zu schaffen, der die Gewaltkette bereits bei ersten Manifestationen eindämmen kann.

Die Konzeption eines Angebots, das sich an junge Menschen richtet und bewusst das weit gesteckte Feld von beziehungsdimensionalen und emotionalen Problemen umfasst, hat es uns nicht nur ermöglicht potentielle Hindernisse bezüglich dem Zugang zum Service abzubauen, sondern auch Gewaltsituationen frühzeitig zu erkennen und somit präventiv einzutreten.

Ein weiterer neuer Arbeitsbereich ist schließlich die Sensibilisierung innerhalb von Unternehmen mit dem Ziel, eine kritische Überprüfung der geschlechtsspezifischen Ungleichheiten vorzunehmen, die nach wie vor unsere Gesellschaft durchdringen und die volle Selbstbestimmung von Frauen verhindern. Ebenso geben wir nützliche Hinweise, um Gewalt in ihren weniger sichtbaren Formen auch im Arbeitskontext zu erkennen.

1 Eine Vereinigung in der Region, welche gemeinwohlorientierte Dienste anbietet

Gender-based violence and prevention: Best-practices from the Lilith Women's Support Centre

Maya Albano, Centro Aiuto Donna Lilith

The violence protection centre Lilith of the *Pubbliche Assistenze Riunite di Empoli*¹ was founded in 2002 in response to the numerous requests for help from women that reached the organisation.

Lilith's team is made up of a diverse range of professionals, including psychotherapists, psychologists, social workers, educators, pedagogues, mediators and lawyers. The structure includes transitional accommodation for victims, as well as area-wide contact points.

As far as prevention measures are concerned, our centre has been running educational programmes for schools in our area and throughout Tuscany for many years. It is crucial to involve boys and girls, as they are often unable to recognise the signs of violence, especially when it takes less visible forms, and at the same time find it difficult to recognise and control their own behaviour and feelings appropriately. In recent years, the age at which violence occurs has decreased, and at the same time there is a need for spaces where young people can talk about key issues in their development, such as sexuality, affectivity and social relationships.

Physical violence is being mistaken for the consequences of one's own misconduct

Many girls interpret controlling behaviour as a sign of interest and love, while physical violence is mistakenly seen as a consequence of one's own misbehaviour. Uncritical clinging to stereotypes and the dynamics associated with developmental processes can become factors that promote violence. If girls continue to be confronted with prevailing role models that are intertwined with caring for their partners and renouncing their own goals and desires, the dictates of toxic masculinity (aggressiveness, imposing one's own will and coldness) and group dynamics can influence the likelihood of young people committing violence.

Under these conditions, we have been strongly committed to educating young people over the past 20 years, starting with primary school and continuing through middle and secondary school.

Last school year, we ran an eight-hour prevention programme in 72 classes, reaching over 1,500 children and young people. The age-appropriate educational programme covers the following aspects:

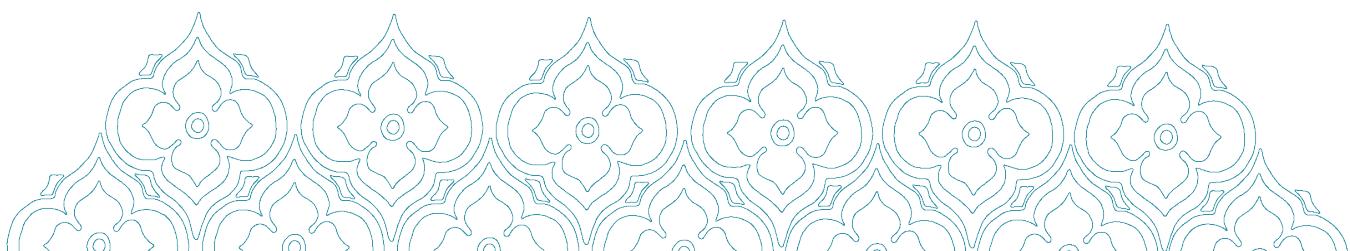
- ✓ Promoting critical thinking with regards to gender stereotypes and male and female role models that are conveyed by the media and society
- ✓ Identifying indicators and forms of violence
- ✓ Strengthening the ability to self-assert in relationships
- ✓ Acquiring strategies for confronting problems in the context of violence that occurs among peers
- ✓ Expanding knowledge and skills for conscious use of the internet and social networks

Our training model is based on a practical approach rather than the classic lecture format. The aim is not to instill knowledge, but to encourage a change in attitudes and behaviour based on experience, play, creativity and relating. The training is always conducted by a psychologist and a lawyer from our anti-violence centre.

The ubiquitous model of caring for one's partner at the expense of one's own ambitions and desires still poisons social consciousness

Another positive development is the opening of the SARA counselling centre in December 2024, a psychological counselling centre for young girls and teenagers. Young people often only find peers to talk to about their emotional problems. The innovative aspect here was therefore to create an informal service that can curb the cycle of violence as soon as it first manifests itself. The design of a service aimed at young people that deliberately encompasses the broad field of relationship dynamics and emotional problems has not only enabled us to remove potential barriers to accessing the service, but also to identify situations of violence at an early stage and thus intervene preventively.

Finally, another new focus is raising awareness within companies with the aim of critically examining the gender inequalities that still permeate our society and prevent women from achieving full self-determination. We also provide useful tips for recognising less visible forms of violence in the workplace.



1 An association in the region that provides services for the common welfare.

Gewaltprävention/ -schutz in Österreich

Elisabeth Glawitsch, Frauenberatung Perg & StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt

Als eines der ersten Länder Europas führte Österreich bereits Ende der 1990er Jahre umfassende gesetzliche Maßnahmen zum Schutz vor häuslicher Gewalt ein und erlangte damit in diesem Bereich international und in Europa eine Vorreiterrolle. 2014 wurde mit der Ratifizierung der *Istanbul Konvention* das Engagement Österreichs zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen unterstrichen.

Gewaltprävention vereint unterschiedliche Ansätze und ist ein vielschichtiges Handlungsfeld, bei dem eine Herausforderung darin liegt, verschiedene Interessengruppen zu vereinen. Trotz gut etablierter Strukturen wie Gewaltschutzzentren in allen Bundesländern, einer Frauenhelpline, die rund um die Uhr kostenlos Erstinformationen und Hilfe bietet, Frauen- und Mädchenberatungsstellen und Frauenhäusern als Schutzunterkünften, gibt es weiterhin Herausforderungen im Bereich der Gewaltprävention.

Paradigmenwechsel bei häuslicher Gewalt

Mit dem Inkrafttreten des Gewaltschutzgesetzes am 1. Mai 1997 wurde in Österreich ein Meilenstein in der Gewaltprävention gesetzt. Hatten zuvor die Opfer von Gewalt aus dem Zuhause flüchten müssen, so wandelte sich die Situation mit dem neuen Gewaltschutzgesetz: ab nun konnte die Polizei den Täter vom Wohnort verweisen. Dieser Paradigmenwechsel verdichtet sich in der Parole "Wer schlägt, der geht". Seit dem 1. September 2021 müssen Personen, gegen welche ein Annäherungs- und Betretungsverbot ausgesprochen wurde, verpflichtend 6 Beratungsstunden in einer Gewaltpräventionsberatungsstelle absolvieren. Der Verein Neustart, welcher für circa zwei Drittel der Einwohnenden Österreichs zuständig ist, beriet 10 470 Klient:innen im Jahr 2024. Ein Anteil von rund 90% der Weggewiesenen sind männlich und 10% weiblich.¹

Sicherheitspolizeiliche Fallkonferenzen

2020 wurde das Instrument der *Sicherheitspolizeilichen Fallkonferenz* etabliert, um den Austausch bei sogenannten Hochrisikofällen zwischen den Institutionen zu ermöglichen und gemeinsam Schutzkonzepte für gefährdete Personen auszuarbeiten. 2024 wurden laut dem Bundesministerium Inneres insgesamt 134 Sicherheitspolizeiliche Fallkonferenzen abgehalten.

Nationaler Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen

Im April 2025 hat die österreichische Bundesregierung die Erarbeitung eines *Nationalen Aktionsplanes gegen Gewalt an Frauen* beschlossen. Damit folgt Österreich einer langjährigen Forderung² und setzt auch Artikel 39 der EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt um.

Bleibende Ambivalenzen: Hohe Anzahl schwerer Gewalttaten und Femizide

Trotz eines guten Gewaltschutzgesetzes gibt es in Österreich eine hohe Anzahl an Femiziden und knapp überlebten Mordversuchen. Es fehlt allerdings beispielsweise an einer offiziellen Stelle, welche eine spezifische Statistik über solche Gewalttaten führt. Aktuell werden die Zahlen von den *Autonomen Österreichischen Frauenhäusern* dokumentiert.

Besondere Kritik übt der GREVIO-Bericht auch an einer zu schwachen Bemühung Geschlechterstereotype gesamtgesellschaftlich zu bekämpfen. Österreich bildet europaweit das Schlusslicht was den Gender-Pension-Gap sowie den Gender-Pay-Gap betrifft. Daraus ergibt sich, dass Betroffene sich häufig aufgrund finanzieller Abhängigkeit nicht aus Gewaltbeziehungen lösen können.

Fehlende Spezialisierung in der Justiz

Anders als in Spanien gibt es in Österreich weder spezielle Gerichte bei Verfahren betreffend häuslicher Gewalt, noch eine ausreichende Ausbildung für Richter*innen, Anwält*innen oder Polizist*innen, um die komplexen Hintergründe von häuslicher Gewalt und Partnergewalt vollumfassend zu verstehen. In familienrechtlichen Verfahren gibt es ungenügend Schutz für Frauen und Kinder vor einem gewalttätigen (Ex-)Partner. Kinder müssen mitunter Besuchskontakte mit dem Vater wahrnehmen.

Insbesondere im sexualstrafrechtlichem Feld weist Österreich eine sehr geringe Verurteilungsquote auf, was auch auf die schwierige Beweissicherung zurückgeführt wird. Dieser Herausforderung kann ein von Expert*innen geforderter Ausbau von Gewaltambulanzen begegnen: Dort können Frauen ihre Verletzungen beweissicher dokumentieren lassen. Auch für eine Anzeige zu einem späteren Zeitpunkt, wenn sich die Betroffene dazu bereit fühlt, ist so Beweismaterial bereits sichergestellt.

1 Laut Geschäftsbericht des Vereins Neustart, welcher in den 5 Bundesländern Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark und Burgenland aktiv ist.

2 Beispielsweise von GREVIO, ein Ausschuss von Expert*innen, der die Umsetzung der Istanbul Konvention durch die Unterzeichnerstaaten überprüft.

Violence prevention/protection in Austria

Elisabeth Glawitsch, Frauenberatung Perg & StoP - Stadtteile ohne Partnergewalt

Austria was one of the first countries in Europe to introduce comprehensive legal measures to protect against domestic violence at the end of the 1990s, thereby becoming a pioneer in this field both internationally and in Europe. In 2014, Austria's commitment to preventing and combating violence against women and girls was emphasised with the ratification of the *Istanbul Convention*.

Violence prevention combines different approaches and is a complex field of action in which one challenge is to unite different stakeholders. Despite well-established structures such as violence protection centres in all provinces, a women's helpline that offers basic information and assistance free of charge around the clock, women's and girls' counselling centres and women's shelters as places of refuge, there are still challenges in the area of violence prevention.

Paradigm shift regarding domestic violence

The entry into force of the Protection Against Violence Act on the 1st of May 1997 marked a milestone in violence prevention in Austria. Whereas victims of violence had previously been forced to flee their homes, the new law changed the situation: from then on, the police could remove the perpetrator from the place of residence. This paradigm shift is summed up in the slogan "Whoever hits, leaves". Since the 1st of September 2021, persons who have been issued with a restraining order must complete six hours of counselling at a violence prevention counselling centre. The association Neustart, which is responsible for approximately two-thirds of Austria's population, counselled 10,470 clients in 2024. Around 90% of those turned away are male and 10% are female.¹

Security police case conferences

In 2020, the security police case conference was established to facilitate the exchange of information between institutions in so-called high-risk cases and to jointly develop protection concepts for persons at risk. According to the Federal Ministry of the Interior, a total of 134 security police case conferences were held in 2024.

National Action Plan against Violence against Women

In April 2025, the Austrian government decided to develop a *National Action Plan against Violence against Women*. Austria is thus responding to a long-standing demand² and also implementing Article 39 of the EU-directive on combating violence against women and domestic violence.

Remaining ambivalence: high number of serious violent crimes and femicides

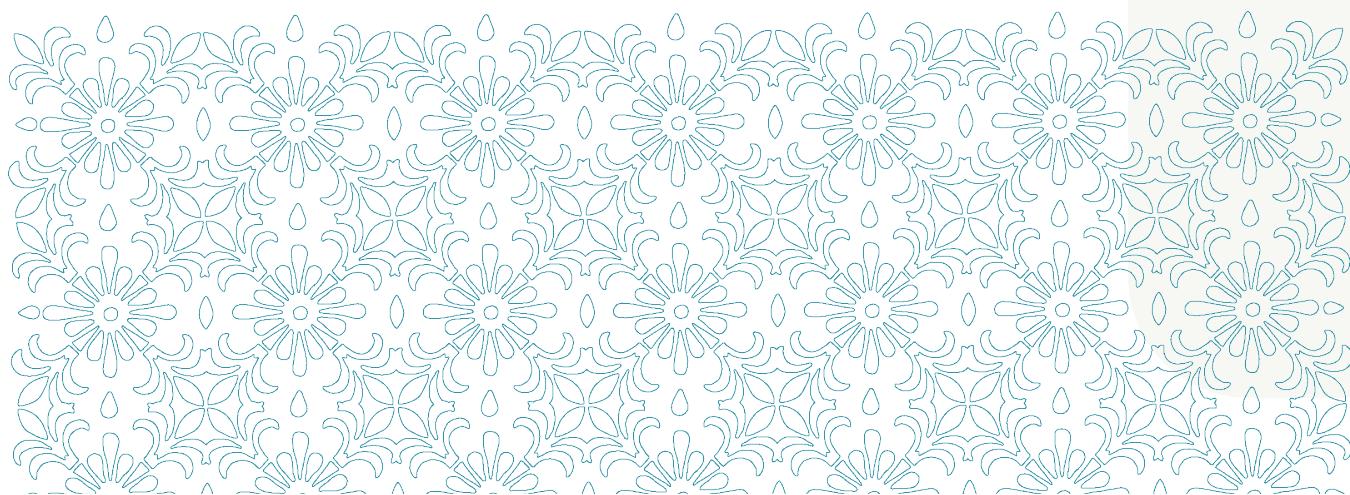
Despite a solid violence protection law, there is a high number of femicides and narrowly survived murder attempts in Austria. However, there is no official body that keeps specific statistics on such violent crimes. Currently, the figures are documented by the *Autonomous Austrian Women's Shelters*.

The GREVIO report particularly criticises the insufficient efforts to combat gender stereotypes throughout society. Austria ranks last in Europe in terms of the gender-pension-gap and the gender-pay-gap. As a result, affected women are often unable to escape violent relationships due to financial dependence.

Lack of specialisation in the judicial system

Unlike in Spain, Austria has neither special courts for domestic violence cases nor sufficient training for judges, lawyers or police officers to fully understand the complex context of domestic violence and intimate partner violence. In family law cases, there is insufficient protection for women and children from violent (ex-)partners. Visitation right sometimes compels children to visit their fathers.

Furthermore Austria has a very low conviction rate in the area of sexualized offences, which is also attributed to the difficulty of securing evidence. This challenge can be met by expanding the number of outpatient clinics for victims of violence, as called for by experts: there, women can have their injuries documented in a manner that preserves evidence. This also ensures that evidence is available for reporting the offence at a later point in time, when the victim feels ready to do so.



1 According to the annual report of the Neustart association, which is active in the five provinces (Vienna, Lower Austria, Upper Austria, Styria and Burgenland).

2 For example by GREVIO, a committee of experts that monitors the implementation of the Istanbul Convention by the signatory states.

StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt: Ein Best-Practice-Beispiel aus Österreich

Elisabeth Glawitsch, Frauenberatung Perg & StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt

Partnerschaftsgewalt ist auch in Österreich ein gravierendes gesellschaftliches Problem, das alle sozialen Schichten betrifft und tiefgreifende Auswirkungen auf Betroffene, Familien und das soziale Umfeld hat. In Österreich wird jährlich eine alarmierende Zahl an Frauen Opfer von Gewalt durch (Ex-)Partner. Jede dritte Frau in Österreich ist ab ihrem 15ten Lebensjahr mindestens einmal von körperlicher und/oder sexualisierter Gewalt betroffen – innerhalb und außerhalb von Intimbeziehungen.¹ Laut Medienberichten (es wird keine offizielle Statistik geführt) gab es im Jahr 2024 in Österreich 27 Femizide sowie 41 Fälle von schwerer Gewalt, bei denen das Opfer nur durch Glück oder Zufall überlebt hat.

Um dieser Problematik effektiv zu begegnen, braucht es umfassende, langfristige und gesamtgesellschaftliche Präventionsansätze. Ein bereits erfolgreich etablierter Ansatz ist das Projekt *StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt*, das von Prof.in Dr.in Sabine Stövesand an der HAW Hamburg entwickelt wurde und nun seit 2021 in Österreich an 45 Standorten umgesetzt wird. Es ist ein Best-Practice-Beispiel für integrierte Gewaltprävention im städtischen sowie ländlichen Raum.

Ganzheitliche Gewaltprävention im Stadtteil

Das Projekt StoP wurde vom Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser (AÖF) unter der ehemaligen Geschäftsführerin Mag.^a Maria Rösslhumer nach Österreich geholt und wird aktuell in ganz Österreich umgesetzt. Das Besondere daran ist der niedrigschwellige und partizipative Zugang zur Gewaltprävention. Ziel ist es, Stadtteile zu schaffen, in denen Bewusstsein für Partnergewalt geschärft, Betroffenen frühzeitig Hilfe angeboten wird und Gewalttaten durch präventive Maßnahmen verhindert werden können.

Zentral ist das Tabuthema Partnergewalt in den öffentlichen Diskurs zu holen und klar zu signalisieren, dass Partnergewalt keinen Platz in der Gesellschaft hat. Anstatt Gewalt als individuelles Problem zu betrachten, rückt StoP die gesellschaftliche Verantwortung in den Fokus: Jede*r kann etwas tun – Nachbar*innen, Freund*innen, Kolleg*innen, Arbeitgeber*innen, Vereine etc.

Maßnahmen zur Gewaltprävention: Vielfalt auf lokaler Ebene

- ✓ **Sensibilisierung und Information:** Durch öffentlichkeitswirksame Kampagnen, Plakate, Flyer, Social-Media-Content und Infoveranstaltungen werden Stadtteilbewohner*innen über Partnergewalt, Unterstützungsangebote und Handlungsmöglichkeiten informiert.
- ✓ **Workshops und Schulungen:** Multiplikator*innen werden geschult um in ihrem Umfeld als Expert*innen für Partnergewalt angemessen reagieren zu können. Auch Jugendliche und junge Erwachsene werden durch Workshops in Schulen oder Jugendzentren mit einbezogen.

- ✓ **Aufbau lokaler Netzwerke:** StoP bemüht sich aktiv die Nachbarschaft zu vernetzen und durch diese entstehenden Netzwerke eine koordinierte, effektive Unterstützung betroffener Frauen und Kinder zu schaffen.
- ✓ **Stärkung der Nachbarschaft:** Menschen sollen entlang der Leitlinie „Was sagen. Was tun!!“ ermutigt werden, bei Verdacht auf Gewalt nicht wegzusehen, sondern Hilfe zu holen. Dabei werden konkrete Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt, welche die Sicherheit der Helfenden und Betroffenen gleichzeitig nicht gefährden.

Wirkung und Vorbildcharakter

StoP zeigt, dass Gewaltprävention auf lokaler Ebene besonders wirksam sein kann, wenn bestehende Netzwerke und Multiplikator*innen aktiviert werden und das Thema Partnergewalt offen angesprochen wird. Durch viele Gespräche zeigte sich, dass Personen häufig helfen wollen, aber nicht wissen, wie sie das tun können. Die Rückmeldungen aus den teilnehmenden Stadtteilen sind durchwegs positiv: Die Sichtbarkeit der Gewaltproblematik hat zugenommen, lokale Netzwerke wurden etabliert oder gestärkt, und es gibt eine wachsende Bereitschaft, bei Gewaltverdacht aktiv zu handeln.

1 Vgl. Statistik Austria, 2021

StoP – Neighbourhoods without partner violence: A best practice example from Austria

Elisabeth Glawitsch, Frauenberatung Perg & StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt

Domestic violence is also a serious societal problem in Austria, affecting all social classes and having a profound impact on victims, families and the social environment. In Austria, an alarming number of women become victims of violence by (ex-)partners every year. 1 in 3 women in Austria has been affected by physical and/or sexualized violence at least once since the age of 15 – both within and outside of intimate relationships¹. According to media reports (no official statistics are kept), there were 27 femicides and 41 cases of serious violence in Austria in 2024, in which the victim survived only by luck or chance.

In order to effectively address this issue, comprehensive, long-term and society-wide prevention approaches are needed. One approach that has already been successfully established is the project *StoP – Neighbourhoods without Partner Violence*, which was developed by Prof. Dr. Sabine Stövesand at HAW Hamburg and has now been implemented at 45 locations in Austria since 2021. It is a best practice example of integrated violence prevention in urban and rural areas.

Holistic violence prevention in the neighbourhood

The StoP project was brought to Austria by the Association of *Autonomous Austrian Women's Shelters* (AÖF) under its former managing director Mag.^a Maria Rösslhumer and is currently implemented throughout Austria. What makes it special is its low-threshold and participatory approach to violence prevention. The aim is to establish neighbourhoods in which awareness of partner violence is raised, victims are offered help at an early stage, and acts of violence can become prevented through preventive measures.

It is crucial to bring the taboo of intimate partner violence into public discourse and to send a clear message that intimate partner violence has no place in society. Instead of considering violence as an individual problem, StoP places the focus on societal responsibility: everyone can do something – neighbours, friends, colleagues, employers, associations, etc.

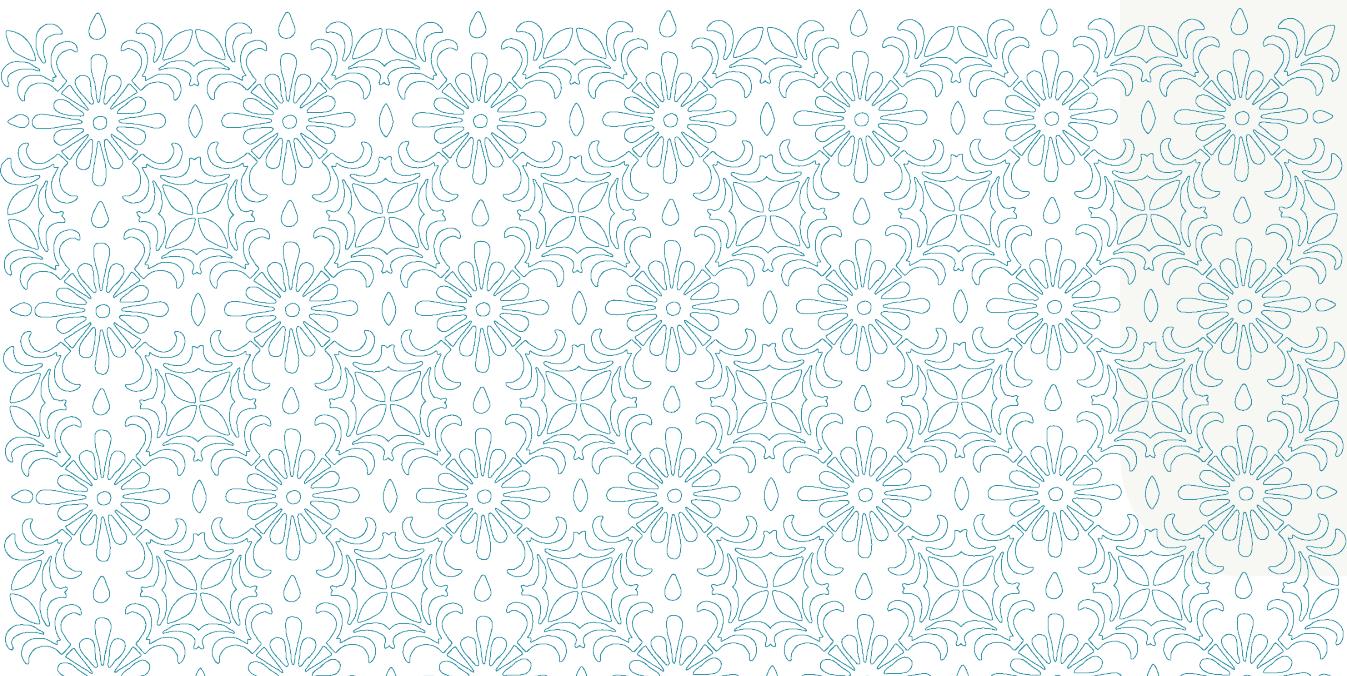
Measures to prevent violence: diversity at the local level

- ✓ **Increasing awareness and knowledge:** Public campaigns, posters, flyers, social media content and events for knowledge transfer are used to inform local residents about domestic violence, support services and options for action.
- ✓ **Workshops and training courses:** Multipliers are trained to become experts in their neighbourhood in order to respond appropriately to partner violence. Young people and young adults are also involved through workshops in schools or youth centres.

- ✓ **Establishing local networks:** StoP actively strives to connect neighbourhoods and, through these emerging networks, to create coordinated, effective support for affected women and their children.
- ✓ **Strengthening the neighbourhood:** People should be encouraged according to the guideline "Speak up. Take action!" not to turn a blind eye to suspected violence, but to seek help. Specific courses of action are outlined which do not endanger the safety of those providing help or those affected.

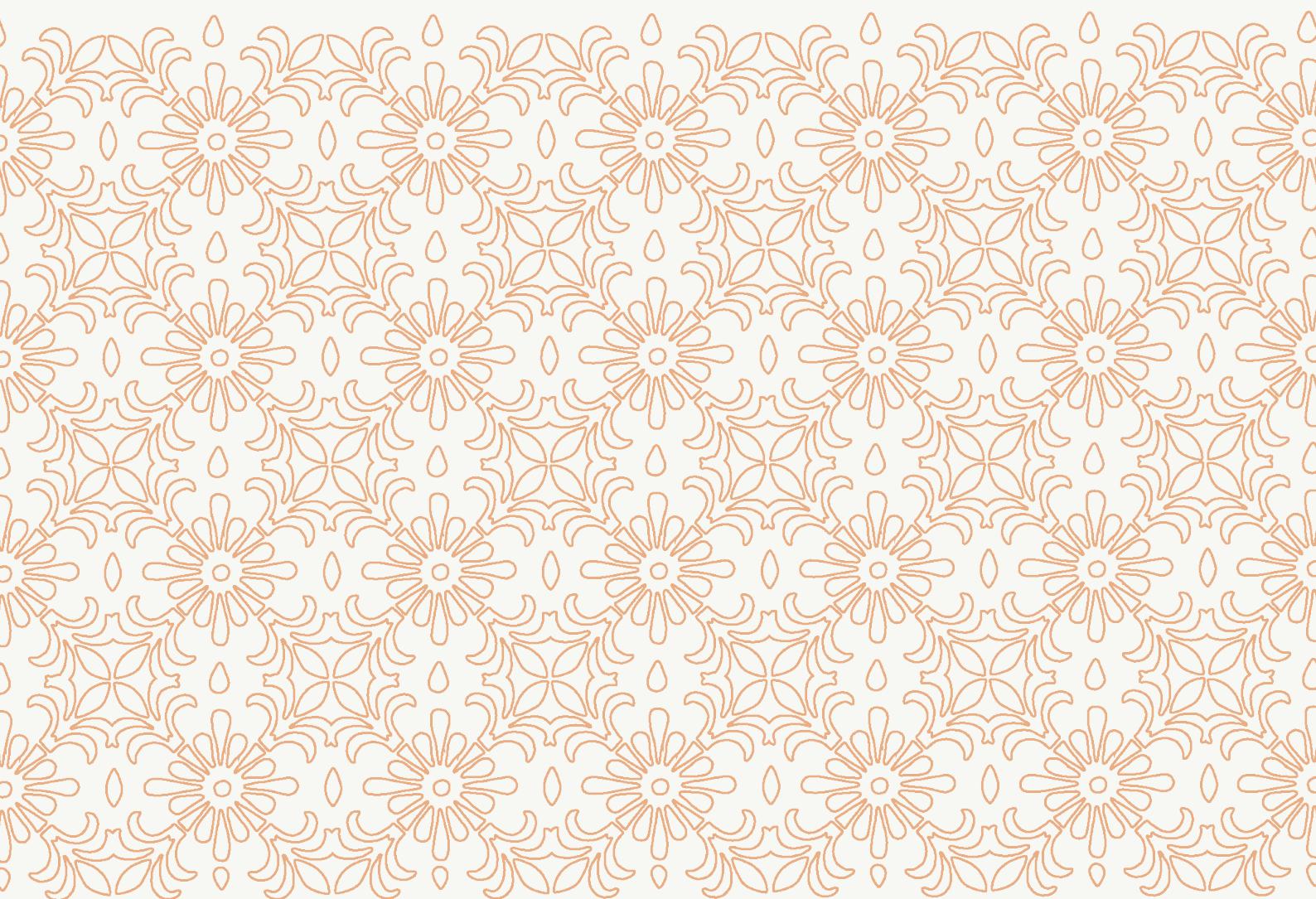
Impact and role model function

StoP shows that violence prevention can be particularly effective at the local level if existing networks and multipliers become activated and the issue of partner violence is openly addressed. Numerous conversations have shown that people often want to help but do not know how to do so. The feedback from the participating neighbourhoods has been consistently positive: the visibility of the problem of violence has increased, local networks have become established or strengthened, and there is a growing willingness to take action when violence is being suspected.



1 See Statistik Austria, 2021





**Kommunale Bildung und Integration in Kooperation mit
Bewusstseinsregion Mauthausen – Gusen – St. Georgen**

ISBN: 978-3-9505905-3-1